



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

1. Reichskonferenz im Kongressaal des Reichskanzlerpalais am Montag,
25. Nov. 1918
-

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

V

Auseinandersetzung mit Berlin und Widerstände
im Lande¹⁾

Nr. I

**Reichskonferenz im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais
am Montag, 25. November 1918**Auszug nach dem gedruckten Verhandlungsprotokoll ²⁾

Die deutsche Staatenkonferenz, bei der Vertreter sämtlicher deutscher Länder anwesend sind, berät unter dem Vorsitz des Volksbeauftragten Ebert über die Lage des Reiches, über Wege zum Frieden und Wiederaufbau.

Über die auswärtige Politik erstattet Bericht der Staatssekretär Dr. Solf, über die Waffenstillstandsverhandlungen der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger.

Ersterer legt unter anderem auch dar, dass die französische Regierung den Ententesieg bis zur Zertrümmerung Deutschlands und seiner Einheit auszunützen gedenke, und dass die französische Diplomatie innerhalb der Entente anscheinend die Führung habe. Frankreich wolle trotz der Einheitlichkeit des deutschen Nationalkörpers eine Randstaatenpolitik betreiben. Er sagt dann:

Die gegenwärtigen Zustände in Deutschland, dauernde Übergriffe mehr oder weniger lokaler Behörden in die Befugnisse der Zentralgewalt, sowie das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage für diese, das jederzeit im Innern einem separatistischen Vorgehen einzelner Bundesstaaten als Vorbild dienen könne, erleichterten den Gegnern ihr

¹⁾ Die Originale der im folgenden Abschnitt mitgeteilten Aktenstücke sind, wo nicht anders vermerkt, im Ministerium des Äußern.

²⁾ Im Ministerium des Äußern.

Spiel. Er zweifle nicht, dass der Rat der Volksbeauftragten die verderbliche Wirkung der Kontrollansprüche über die Zentralregierung in ihrer ganzen Tragweite überschaue. Beschlüsse wie die des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, der die Beziehungen zur Sowjetregierung gegen die Politik der Reichsregierung allein und selbständig regeln wolle, die Veröffentlichung einseitiger Darstellungen aus den Akten der Reichs- und Staatsbehörden, die Verhaftung eines vom Auswärtigen Amte nach Wien geschickten Kuriers, das Erbrechen von Siegeln der Reichsregierung seien unerträglich. Werde dieser Zersetzung nicht sofort nachdrücklichst und mit durchschlagendem Erfolge entgegengetreten, so stehe zu befürchten, dass die separatistischen Tendenzen in Deutschland bald die Zentralgewalt derart überwucherten, dass die französische Politik zur Durchführung ihrer Absichten weder besonderer Geschicklichkeit noch besonderer Anstrengungen bedürfte. Auf die Weise grüben wir uns selbst das Grab. Auch der beste Wille des Präsidenten Wilson, auf den wir wohl noch bauen dürften, und selbst die besonnenen Elemente in England müssten dann schliesslich erlahmen. Damit schwände aber jede Aussicht auf den Frieden, vielmehr drohe dem Reiche völliger Untergang und der deutschen Nation die Vernichtung.

Der Staatssekretär, der in der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse ein „unüberwindliches Friedenshindernis“ erblickt, richtet einen Appell an die versammelten Staatenvertreter, die Zentralgewalt des Reiches zur selbständigen Leitung der Reichsgeschäfte und insbesondere zur alleinigen Führung der auswärtigen Politik in den Stand zu setzen und einen möglichst frühen Termin für die konstituierende Nationalversammlung anzukündigen.

Die Verhandlungsniederschrift verzeichnet folgende Einwendungen des bayerischen Ministerpräsidenten gegen diese Darlegungen und gegen die Ausführungen Erzbergers über den Waffenstillstand:

Eisner (Bayern) findet, das, was die Referate gebracht hätten, konnte auch vor zwei oder drei Monaten gesagt werden. Die Berichterstatter hätten der Meinung Ausdruck gegeben, dass wir auf Gnade und Ungnade den imperialistisch erhitzten Mächten ausgeliefert seien, so dass selbst der Präsident Wilson nicht mehr imstande sei, mildernd und besänftigend zu wirken. Und die Schilderung Herrn Erzbergers habe nur den Eindruck bestätigt, dass Marschall Foch ungefähr ebenso verhandelt habe wie 1870 Bismarck. Herr Erzberger gab der Meinung Ausdruck, die Entente schicke sich an, einen Vorwand zu suchen, um einen neuen Krieg zu entfesseln, während er zwischen durch die Bemerkung habe einfließen lassen, dass Clémenceau, nach

Meinung der Herren Solf und Erzberger zweifellos der grösste Chauvinist, sogar bereit sei, Deutschland mit Lebensmitteln zu unterstützen. Das sei die unerhörte Grausamkeit der Entente! Man brauche sich doch nur an die Bismarcksche Politik von 1870 zu erinnern, an die Aushungerung von Paris und all die übrigen brutalen Methoden der deutschen Kriegführung, der Deportation und der Aushungerung, um in Erstaunen zu geraten über die Grossmut der feindlichen Mächte, die uns, die am Weltkriege allein Schuldigen, mit Lebensmitteln zu versorgen bereit sind.

Es liege ihm fern, die Probleme, die uns gegenwärtig beschäftigten, in ihrer ganzen Tiefe und Furchtbarkeit zu erörtern. Aber wenn man zu einem Frieden der Verständigung, nicht der Unterwerfung kommen wolle, dann sei es notwendig, nicht Männern die Leitung der Geschäfte in Deutschland zu übertragen, die während der viereinhalb Kriegsjahre kompromittiert seien durch die Regierungspolitik, die uns in den Abgrund gestürzt habe. Das gelte insbesondere von der Entsendung des Herrn Erzberger als Bevollmächtigter zu den Waffenstillstandsverhandlungen. Hier müsse jetzt rückhaltlos die Wahrheit gesagt werden. Herr Erzberger habe jene Vergiftung der öffentlichen Meinung organisiert, die uns in der ganzen Welt isoliert und so verhasst gemacht habe. Und Herr Solf, ein Diplomat, halte es in der gegenwärtigen Situation für angebracht, nur mit Herrn Wilson zu verhandeln und somit gewissermassen die Leiter der übrigen feindlichen Mächte für minderwertig zu erklären. Derartiges sei geeignet, die letzten Aussichten auf einen einigermaßen günstigen Frieden hinfällig zu machen. Wenn die Herren Solf und Erzberger die Absicht hätten, die Schuldigen des alten Systems dadurch zu retten, dass sie den Zorn und die Wut des Volkes auf jene erbarmungslosen Feinde ablenkten, die uns mit Lebensmitteln versorgen wollten, dann könnten sie nicht anders handeln. Das sei nicht Revolution, sondern Gegenrevolution. Zwar sei er nicht über die Stimmung in der Ententepresse unterrichtet, da er seit vierzehn Tagen grundsätzlich keine Zeitungen lese; dafür habe er aber direkte Berichte von zuverlässigen Mitarbeitern.¹⁾

Die Entente verlange einmal mit einer Regierung zu verhandeln, die kein Ausdruck des alten Systems sei. Diese Forderung sei durchaus berechtigt. Man müsse wünschen, dass alle kompromittierten Vertreter des alten Systems so schnell als möglich den Weg nach Holland finden, soweit sie nicht als Landesverräter zu verhaften seien. Es sei unbegreiflich, dass Leute wie Zimmermann und Jagow noch frei herumlaufen. Man brauche neue, unbelastete Männer, die nach seiner Überzeugung von der Entente das erreichen würden, was den alten nicht gelungen sei.

¹⁾ Vgl. für das Folgende Foersters und Herrons Berichte aus der Schweiz; Abschnitt III, Nr. 4, 6, 8, 9, 11, 12, 16—18, 23.

Die zweite Forderung der Entente gehe dahin, dass Männer an der Spitze Deutschlands stehen, die das Vertrauen der Massen geniessen. Dieses Vertrauen könnten nur unbelastete Männer finden. So seien die Bedingungen der Entente nicht nur die Vorbedingungen eines günstigen Friedens, sondern auch der inneren Erneuerung Deutschlands. Die Gesandtschaftsberichte stellten noch Rückstände aus der bestellten Arbeit der früheren Machthaber vor. Not tue jetzt eine Reichsregierung, die wisse, was sie wolle, und die entschlossen sei, demokratische und sozialistische Politik ungehemmt zu treiben. Von diesem Gesichtspunkt aus mache er folgenden Vorschlag:

Deutschland brauche ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten habe und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen müsse. Dieses Präsidium müsste die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen. Nur auf diese Weise würden die separatistischen Strömungen verhindert, die sich jetzt stärker als je durchzusetzen versuchten. Nichts sei heute volkstümlicher als der Ruf: Los von Berlin! Los von Preussen! Er selbst stemme sich gegen diese Bestrebungen; aber diese Lösungsbestrebungen seien nicht nur in den süddeutschen Staaten vorhanden, sondern auch in den westlichen Gebieten Preussens. Einer solchen verhängnisvollen Politik könne nur durch eine revolutionär bestimmte, in Zielen und Personen unverdächtige Körperschaft entgegengetreten werden, die die Verhandlungen mit dem Feinde zu führen hat. Nur so könne man zu einer Verständigung mit der Entente und zu ihrem Beistande gelangen, ohne den Deutschland untergehen müsse. Man solle deshalb reinen Tisch zu Hause machen, dann könne man zu einer neuen Zeit der Versöhnung der Völker gelangen und zu einem Frieden, wie wir ihn brauchen.

Diese Ausführungen finden bei verschiedenen Vertretern in einzelnen Punkten Zustimmung, stossen aber bei anderen auf lebhaften Widerspruch. Er richtet sich auch gegen die bayerische Aktenveröffentlichung, von der Scheidemann sagt, sie habe für Deutschland gewirkt wie ein Keulenschlag. Gegen die bisherige Führung der auswärtigen Politik durch Solf wenden sich mit Eisner auch die Beigeordneten im Auswärtigen Amte, Karl Kautsky und Bernstein.

Die bayerischen Vorschläge, ein besonderes Reichsregiment für die Führung der auswärtigen Politik einzusetzen, finden keinen Anklang. Die grosse Mehrheit hält den Rat der Volksbeauftragten als oberste Reichsleitung für geeignet und für fähig, die Verhandlungen über den Vorfrieden einzuleiten. Im übrigen will sie die baldige Wahl einer konstituierenden

Nationalversammlung, um dem Reiche eine neue Verfassung und eine voll verhandlungsfähige Regierung zu geben.

Der bayerische Ministerpräsident greift wiederholt in die Erörterung ein. Separatismus und Partikularismus überwinde man am besten durch Selbstbestimmung der Gliedstaaten. Er regt die Bildung einer provisorischen deutschen Nationalversammlung nach dem Muster der bayerischen an, die auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gegründet sei, und verlangt, dass das Auswärtige Amt von völlig unbelasteten Personen, von radikalen Sozialisten, verwaltet werde, da man dann leichter zum Frieden komme. Die Reichsregierung will er einer gründlichen Umgestaltung unterziehen. Er wiederholt seinen Vorschlag, eine Art provisorisches Reichspräsidium aus fünf bis sieben Personen zu schaffen, die sowohl Vertreter der Reichsregierung wie der Bundesstaaten sein könnten. Diese Körperschaft solle dann die Verhandlungen mit den Verbandsmächten führen.

„Es sei ihm mitgeteilt worden, dass die Vertreter der Entente erklärt hätten, jedes sozialistische Regime, auch das radikalste, sei ihnen recht, nur müsse es eine Regierung sein, die regierungsfähig sei und die Massen hinter sich habe. Seines Wissens seien die Waffenstillstandsbedingungen schon in dem Augenblicke gemildert worden, als im Auslande bekannt geworden sei, dass es in Deutschland revolutionär gäre. Die späteren chauvinistischen Strömungen rührten erst seit den unglücklichen Noten des Auswärtigen Amtes und des Generalfeldmarschalls Hindenburg her. Herr von Hindenburg möge ja ein ausgezeichnete Feldherr sein, aber er solle doch wirklich endlich aufhören, zu telegraphieren und Kundgebungen zu erlassen. Er bitte die jetzige Reichsregierung, in dem Sinne der Note zu wirken, die er gestern amtlich in Bayern habe verbreiten lassen. . .¹⁾“

¹⁾ Sie lautete:

München, 23. November 1918

Der bisherige Generalfeldmarschall Hindenburg erlässt in letzter Zeit wiederholt Kundgebungen, die geeignet sind, aufs empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu stören.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt Anlass, gegen diese ebenso unglückliche wie unzulässige Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschieden Protest einzulegen. Es ist nicht mehr an der Zeit, den im deutschen Volke angesammelten Zorn auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen.

Der Ministerpräsident Kurt Eisner

Es gebe nur zwei Wege: Entweder gehe Deutschland in kürzester Zeit zugrunde, denn wie es mit unseren Rohstoffen und Lebensmitteln steht, sei bekannt, oder man versuche offen und ehrlich in voller Aufrichtigkeit und Wahrheit ohne die schädlichen Mittel der alten Diplomatie einen Frieden zu schaffen, der die erste Aktion des Völkerbundes sei. Der neue Friede werde den Völkerbund nicht schaffen, sondern der Völkerbund solle bereits der neue Friede sein. Wer aus dem Süden nach Berlin komme, der erschrecke beinahe über den Geist, der hier herrsche. Man sehe eine neue Welt erstehen und hier finde man eine Ratlosigkeit und einen allgemeinen Katzenjammer in der Bevölkerung“.

Zum Schlusse anerkennt die Staatenkonferenz als Richtpunkte für die Führung der Reichsgeschäfte: Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands in der deutschen Republik und die Bekämpfung separatistischer Bestrebungen; Vorbereitung der Nationalversammlung, bis zu deren Zusammentritt die Räte als Repräsentanten des Volkswillens gelten, und die schleunige Herbeiführung eines Vorfriedens durch die bestehende Reichsleitung der Volksbeauftragten.

Über die Vorschläge des bayerischen Ministerpräsidenten wird nicht weiter verhandelt.

Nr. 2

**Der bayerische Bevollmächtigte beim Reich an den
Rat der Volksbeauftragten (Reichsregierung)**

Berlin, 27. November 1918

Es hat sich gezeigt, dass die führenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes immer noch vom Geiste des alten Systems beherrscht sind und so, getreu den Methoden dieses Systems, im höchsten Masse die Interessen Deutschlands schädigen. Unsere Lage ist augenblicklich so, dass wir, versagt uns die Entente ihre Beihilfe, in kürzester Zeit in den Abgrund einer fürchterlichen Hungersnot versinken. So ist es dringend geboten, dass die Entente mit Männern verhandelt, die nicht mit den Makeln des alten Systems behaftet sind, und denen sie volles Vertrauen entgegenbringen kann. Dass die Entente nicht an eine Vernichtung des deutschen Volkes denkt, zeigt die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten bereit sind, uns mit Nahrungsmitteln zu versehen. Um so reichlicher wird aber sicherlich diese Beihilfe fließen, je mehr die führenden Männer Deutschlands Vertreter eines neuen, vertrauenerweckenden Geistes